

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktage.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Bed'sche Buchdruckerei
Otto Bed.

Inserate: Kleine Pettizeile 20 Bfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 245.

Samstag, den 19. Oktober 1918.

75. Jahrgang.

Der Ruf der Stunde.

Wir sind in diesen Tagen auf eine harte Probe gestellt. Winkt am Ende des deutsch-amerikanischen Notenwechsels der Friede, oder steht da die Furie des Krieges in all ihren Schrecken, ein Volk, das man demütigen und dem man das Joch auflegen will, zur letzten höchsten Kraftentfaltung emporreißend? Das ist die bange Frage, die alle deutschen Herzen beschäftigt, während die Führer — die militärischen und politischen — am Werke sind, auf Wilsons eigenartige zweite Note die Antwort zu entwerfen. Wir dürfen vertrauen, daß die Männer an der Spitze der Regierung im Verein mit allen verantwortlichen Faktoren die Verhandlungen auch weiterhin so führen werden, daß nichts unversucht bleibt, dem deutschen Volke einen Frieden mit Ehren zu sichern, aber es darf auch nicht verschwiegen werden, daß Wilsons neue Art zu reden, uns und unser Friedensbestreben vor eine harte Belastungsprobe stellt.

Sollen wir, wenn die Unterdrücker Europas bestiegen, durch Hunger, Not, Elend und Tod uns den Weg zur Höhe gebahnt, durch unendlichen Haß und Bruderfeindschaft, durch Parteien und tausend innerstaatliche Widerwärtigkeiten die Einheit und Einigkeit errungen, im größten aller Kriege der Weltgeschichte die glänzendsten Siege errufen und uns mannhaft vier Jahre gegen eine Welt von Feinden behauptet haben, nun eines Tages willenlos zulassen, daß man uns einen entehrenden Frieden auferlegt, der unsere Wirtschaftskraft vernichtet, uns auf dem Weltmarkt behindert, wenn nicht von ihm abschneidet, und nicht zuletzt das ganze werktätige Volk zur Fronarbeit für die Feinde zwingt. Wer will das unter uns! Wer aber nur kann daran zweifeln, daß so unser Los aussieht, wenn wir einen entehrenden Frieden schließen etwa in dem Sinne, wie ihn die feindliche Presse jetzt aus Anlaß der Wilsonschen zweiten Antwort ausmalt? Wir wollen frei sein, wie die Väter waren und wenn wir denn nicht frei leben sollen, weil unsere Feinde uns vernichten wollen, so sei der letzte Gang gewagt. Es geht um alles, um Heimat und Vaterland und Zukunft.

Wir dieser letzte Kampf, den uns ein entwürdigender Friedensvorschlag auferlegt, ausschüttslos? Nein und tausendmal Nein! Auch die Kräfte des Feindes sind nicht unbegrenzt. Nicht umsonst wirft sich immer neue Rassen gegen unsere eiserne Front, nicht umsonst reißt er Angriffe an. Er will — alle Ententeorgane verkünden es immer wieder — noch vor dem Herankommen des Winters eine Entscheidung erzwingen, gerade weil er weiß, daß seine Mittel ihm nicht erlauben, den Kampf unbeschränkt fortzusetzen. Deshalb will er die deutsche Front zermürben, unsere Armeen im Felde schlagen oder aber bei einem Waffenstillstand ihre Verwundung. Es soll ihnen bis zur Entscheidung keine Ruhepause gegönnt werden, weil er fürchtet, daß dann das Schlachtenglück sich wenden könnte. Und weshalb schont der französische Generalissimo seinen Einsatz, weshalb treibt er in einer fiebernden Hast zur Eile? Den Dändern der Entente droht für den Winter Mangel an allem Notwendigen, und mit jedem Tage wächst die Gefahr, daß die Leiden des Krieges in den Ententeländern unentraglich werden könnten.

Unsere Müdigkeit, Teilnahmslosigkeit und Gleichgültigkeit ist es, die jene Stimmung unter uns hat anwachen lassen, die diese Stunden tiefer Qual heraufbeschworen hat. Wenn die Verhandlungen mit Wilson zu keinem Ergebnis führen, wenn uns der Entscheidungskampf aufgezwungen wird, dann wird es Aufgabe der neuen Regierung sein, alle Volkskräfte, die ein kostbares unveräußerliches Gut darstellen, zusammenzufassen, zu einigen und im nationalen Beizhen dem einen großen Gedanken dienstbar zu machen: Rettung der Heimatserbe. Wer wird zurückstehen, wenn die Scholle, auf der er geboren ward, die seine Kinder und damit seine Zukunft trägt, in Gefahr ist? Wer will noch müde und hoffnungslos die Hände in den Schoß legen, wenn das Vaterland, diesmal zum letzten Male, ruft? Wir wissen jetzt, was wir von unseren Feinden zu erwarten haben, und wenn Wilsons Macht nicht ausreicht, wenn sein Wille zur Gerechtigkeit durch die Gezer in Paris und London gelähmt wird, so bleibt uns keine Wahl.

Die Stunde läßt es nicht zu, vergangenen Fehlern nachzusinnen und nach all den Ursachen der veränderten Lage zu forschen. Das ganze Volk muß jetzt entschlossen zur Tat schreiten. Entweder an die Arbeit, um wieder aufzubauen und neu zu schaffen, was dieser Krieg uns nahm, oder aber, wenn wir anders keinen ehrenvollen Frieden haben können, nun die letzte Kraft an die Abwehr des Feindes setzen, der unsere Heimatserbe zum Kriegschauplatz machen will. Die heilige Sache des Vaterlandes will und Gott wird unsere Waffen segnen.

Die Antwort an Wilson.

Berlin, 17. Oktober.

Der amtliche Text der zweiten Wilsonschen Note, die der neutralen Welt eine so große Enttäuschung bereitet hat, wird voraussichtlich heute nacht hier eintreffen. Die Beratungen über die deutsche Antwort sind seit Dienstag Abend bereits im Gange, sie können natürlich zu keinem Abschluß gebracht werden, ehe nicht der genaue amtliche Wortlaut vorliegt. Aus diesem Grunde ist auch die für morgen anberaumte Reichstags-Sitzung abermals aufgeschoben worden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich das Haus am Montag, spätestens Dienstag versammeln. Zu den Beratungen über die deutsche Antwort ist übrigens auch Admiral

Scheer, der Chef des Admiralsstabes, in Berlin eingetroffen. Die militärischen Beratungen, die die Wilsonsche Note erfordert, finden im Hauptquartier statt.

Der Verband will den Gewaltfrieden.

In England und Frankreich glaubt man nicht an eine Verständigung, die Deutschlands Ehre nicht berührt. So meldet das Londoner Reuterbureau. Die Alliierten billigten den Wortlaut der Note Wilsons. Sie sind nicht geneigt, Gelegenheit zu geben, die Diskussion zu verlängern. Die Deutschland erteilte Antwort ist endgültig. Für die Alliierten handelt es sich jetzt nur um eine Angelegenheit, die die Truppen im Felde angeht, und die Truppen scheinen diese Angelegenheit in befriedigender Weise zu lösen.

Und die französische Agence Havas meint: Wilson steht den deutschen Vorschlägen eine klare Ablehnung entgegen. Die Deutschen haben also ihr Anerbieten an Hoch zu richten, er hat zu entscheiden über alle Garantien, damit die jegliche Überlegenheit unserer Seere aufrechterhalten bleibt. Die feierliche Versicherung Wilsons, daß es unmöglich ist, einen Waffenstillstand in Betracht zu ziehen, so lange die Deutschen ihre Praktiken, die dem Völkerrecht widersprechen, fortsetzen werden, wird mit Dankbarkeit von der Bevölkerung der systematisch verwüsteten Gebiete aufgenommen werden, vielleicht den feindlichen Götzen zu denken geben. Schließlich beweist Wilson, indem er sich vorbehält, Österreich-Ungarn getrennt zu antworten, daß das Schicksal Österreich-Ungarns nicht mit dem Deutschlands verbunden ist, was auch immer die Regierung Berlins tut, um das Bündnis aufrechtzuerhalten.

Ihre Vorbedingungen.

Der Londoner Korrespondent des Haager „Nieuwe Courant“ verrät, daß eine der Bedingungen des Waffenstillstandes die sein wird, daß die deutschen Seere sich hinter den Rhein zurückziehen und daß die Alliierten die bedeutendsten Seehäfen am Rhein besetzen. — Die amerikanischen Blätter besprechen Wilsons Gegenantwort als Aufforderung, die Habsburgerdynastie abzulegen und sich bedingungslos zu ergeben.

Die preussische Wahlreform.

Nach den Beschlüssen der Herrenhauskommission.

Am 24. d. Mts. tritt das preussische Herrenhaus zusammen, um über die Verfassungsänderung zu beraten. Man darf wohl als sicher annehmen, daß das Haus den Beschlüssen seiner Kommission beitreten wird, und daß die Vorlagen dann auch unverändert vom Abgeordnetenhaus angenommen werden.

Die wichtigsten Bestimmungen.

Nach den Beschlüssen des Herrenhauses belegen die wichtigsten Bestimmungen über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus:

§ 1. Wahlberechtigt ist jeder Preuze, der mindestens 25 Jahre alt ist, in der preussischen Gemeinde, in der er seit 6 Monaten seinen Wohnsitz oder seinen Aufenthalt hat. In Gemeinden, die in mehrere Wahlbezirke geteilt sind, wählt derjenige, der in dem letzten Jahre in einen anderen Wahlbezirk umgezogen ist, in demjenigen Wahlbezirk, dem er vor seinem Umzug angehörte.

§ 2. Jeder Wähler hat eine Stimme.

§ 3. Die Wahl ist geheim. Gewählt wird mit verdeckten Stimmzetteln. Abwesende können sich weder vertreten lassen, noch sonst an der Wahl teilnehmen.

§ 4. Folgende Wahlbezirke wählen nach der Verhältniswahl:

- | | |
|-------------------|-------------------|
| 1. Köln 1. | 10. Potsdam 11. |
| 2. Breslau 4. | 11. Düsseldorf 5. |
| 3. Wiesbaden 11. | 12. Schleswig 14. |
| 4. Düsseldorf 4. | 13. Danzig 2. |
| 5. Potsdam 10. | 14. Merseburg 4. |
| 6. Hannover 4. | 15. Düsseldorf 2. |
| 7. Düsseldorf 13. | 16. Arnberg 11. |
| 8. Magdeburg 4. | 17. Aachen 2. |
| 9. Königsberg 3. | |

Die Einführung der Verhältniswahl in weitere bestehende Wahlbezirke erfolgt im Wege des einfachen Gesetzes.

§ 5a. Für Kriegsteilnehmer (Allerhöchster Erlass vom 7. September 1915 — Reichsgesetzbl. S. 500) ist bei der ersten Wahl auf Grund dieses Gesetzes der sechsmonatige Wohnsitz oder Aufenthalt in der Gemeinde oder dem Wahlbezirk (§ 1 Abs. 1 und 2a) nicht Voraussetzung der Wahlberechtigung.

§ 5b. Für die erste allgemeine Wahl nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes können die Fristen für die Aufstellung, Auslegung und das Inkrafttreten der Wählerlisten vom Staatsministerium abweichend festgesetzt werden.

§ 6. Zur Ausführung dieses Gesetzes erläßt das Staatsministerium eine Wahlordnung. In dieser sind insbesondere die Sicherung des Wahlgeheimnisses sowie der Wahlfreiheit erforderlichen Bestimmungen zu treffen.

Die Wahlordnung sowie jede Änderung sind dem Landtage zur Genehmigung vorzulegen.

Zu den Wahlbezirken, in denen die Zahl der Abgeordneten vermehrt wird, kommen nach Potsdam 4 mit vier zu wählenden Abgeordneten, Potsdam 11 mit drei (nach dem Beschluß des Abgeordnetenhauses zwei) Abgeordneten, Münster 4 mit drei, Arnberg 5 und 8 mit drei, Wiesbaden 11 mit drei, Düsseldorf 4 mit drei, Düsseldorf 13 mit drei Abgeordneten. Insgesamt wird die Zahl der Abgeordneten um 44 (statt nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses um 20) vermehrt.

Die Beschlüsse hinsichtlich der konfessionellen Sicherungen stimmen mit dem des Abgeordnetenhauses überein. Danach wird der konfessionelle Charakter der öffentlichen Volksschule verfassungsgemäß gewährleistet, und Artikel 107 der Verfassungsurkunde erhält folgenden Wortlaut: „Die Verfassung kann auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung geändert werden, wobei in jeder Kammer eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln erforderlich ist. Die

gleiche Vorschrift gilt für Gesetze, durch die die Verordnung wegen Bildung der ersten Kammer vom 12. Oktober 1854 abgeändert wird.“

Das neue Österreich-Ungarn.

Vier Kaiserreiche als Staatenbund.

Wien, 17. Oktober.

In der kaiserlichen Kundgebung, die morgen veröffentlicht werden soll, sind ein Kaiserreich Österreich (aus den deutschen Provinzen), ein Kaiserreich Böhmen, ein Kaiserreich Galizien (Ukraine, Ostgalizien) und ein Kaiserreich Albanien (die südslawischen Länder) vorgesehen. Den Polen Westgaliziens wird die Freiheit der Entscheidung gewährt, sich an das Königreich Polen anzuschließen. Triest soll reichsunmittelbar werden. Gemeinsam würde diesen Staaten das Reichsoberhaupt, die Vertretung nach außen und die Verteidigung. Die bodenliche, herzogliche und rumänische Frage bleiben mit Rücksicht auf Ungarn noch offen. Die Staatshoheit Ungarns bleibt unberührt.

Außer dieser grundlegenden Änderung ist noch der Anschluß Deutsch-Böhmens an Deutsch-Österreich vorgesehen. Für die Regelung der Gebietsgrenzen werden Kommissionen eingesetzt. Als Grundlage wird die Reichswahlordnung angenommen. Nach den Ausführungen des Ministerpräsidenten Freiherr v. Coudenhove-Kalergi werden die Parteien der Parteien, sollen sich die Abgesandten der einzelnen Nationen als sogenannte Nationalparlamentarier oder Nationalräte konstituieren. Diese Nationalparlamentarier hätten die Aufgabe, die Bildung der nationalen Staaten vorzubereiten und die Zusammenhänge zwischen den einzelnen nationalen Staaten festzustellen. Die kaiserliche Proklamation wird es als wünschenswert bezeichnen, daß Vertrauensmänner aus allen Nationen in die Regierung eintreten, sozusagen als Unbegleiter, und dann auch, um die Durchführung der Umgestaltung übermachen zu können.

Die neuen Staaten.

Das alte Österreich soll hinfert unter Aufhebung der alten Kronlandsgrenzen in vier selbständige Staatswesen geteilt werden. Sie sollen sich dann zu einem Staatenbunde zusammenschließen, derart, daß jedes selbständig, aber doch ein festgefügt Glied des Ganzen ist.

Der deutsch-österreichische Staat wird voraussichtlich aus den alten innerösterreichischen Provinzen Ober- und Niederösterreich, Steiermark, Salzburg, Norb- und Mitteltirol, Kärnten und den deutschen Teilen Böhmens bestehen.

Der tschechische Staat wird sich aus Böhmen und Teilen von Mähren zusammenschließen, während die deutschen Teile Mährens, besonders das nördliche und das südliche Mähren, Westschlesien und Teile von Ostschlesien zum deutsch-österreichischen Staat geschlagen werden.

Der ungarische Staat soll die slawischen Teile der Steiermark, Krain, das Küstenland mit Ausnahme von Triest und Dalmatien umfassen. Das Königreich Albanien aus Napoleon I. Zeit steht wieder auf.

Aus Ostgalizien soll das Kaiserreich Galizien gegründet werden, so benannt nach der Stadt Galiz, die einst die Hauptstadt des ukrainischen Staates gewesen ist.

Die polnischen Gebiete Österreichs, das ist Westgalizien und Teile von Ostschlesien sollen zum Königreich Polen geschlagen werden.

Das Schicksal Südtirols ist noch nicht entschieden, während Triest, das heilumstrittene, reichsunmittelbare Stadt werden soll.

Ungarns Trennung von Österreich.

Alle Gemeinsamkeit zwischen Österreich und Ungarn wird nach den Umwandlungsplänen von nun an aufgehoben. Die beiden bisherigen Reichshälften werden nur noch dem Herrscher gemeinsam haben, dagegen besonders auf dem Gebiet des Heerwesens, der äußeren Politik und der wirtschaftlichen Interessen völlig voneinander getrennt sein. Unentschieden ist noch das Schicksal der Reichslände, Bosnien und der Herzegowina. Wie verlautet, ist geplant, daß Ungarn durch das gegenwärtig noch zu Österreich gehörende Kronland Bukowina erweitert werden soll, doch werden sich gegen diesen Anschluß zweifellos die Deutschen und die Bukowinaer Ukrainer aufs äußerste wehren. Unentschieden ist noch, ob Kroaten und Slawonien, die gegenwärtig mit der Stepanstrome vereinigt sind, aus dem ungarischen Staatsverbande ausscheiden und vielleicht mit den heutigen Reichsländen Bosnien und der Herzegowina zu einem neuen Staatsgebilde vereinigt werden.

Kaiser Karl an seine Völker.

Wien, 17. Oktober.

Eine Sonderausgabe der „Wiener Zeitung“ veröffentlicht folgendes Allerhöchste Manifest:

An meine getreuen österreichischen Völker! Seitdem ich den Thron bestiegen habe, ist es mein unentwegtes Bestreben, allen Meinen Völkern den ersuchten Frieden zu bringen, sowie den Völkern Österreichs die Bahnen zu weisen, auf denen sie die Kraft ihres Volkstums unbehindert durch Hemmnisse und Reibungen zur segensreichen Entfaltung bringen und für ihre geistige und wirtschaftliche Volksfahrt erfolgreich verwerten können. Das fürchterliche Ringen des Weltkrieges hat das Friedenswerk bisher gehemmt. Gelassenheit und Treue —, opferwilliges Ertragen von Not und Entbehrungen haben in dieser schweren Zeit das Vaterland ruhmvoll verteidigt. Die harten Opfer des Krieges müssen uns den ehrenvollen Frieden sichern, an dessen Schwelle wir heute mit Gottes Hilfe stehen.

Nunmehr muß ohne Säumnis der Neuaufbau des Vaterlandes auf seinen natürlichen und daher zuverlässigsten Grundlagen in Angriff genommen werden. Die Wünsche der österreichischen Völker sind hierbei sorgfältig miteinander in Einklang zu bringen und der Erfüllung zuzuführen. Ich bin entschlossen, dieses Werk unter freier Mitwirkung meiner Völker im Geiste jener Grundsätze durchzuführen, die sich die verbündeten Monarchen in ihrem Friedensangebot zu eigen gemacht haben. Österreich soll dem Willen seiner Völker gemäß zu einem Bundesstaat werden, in dem jeder Volksstamm auf seinem Siedlungsgebiete sein eigenes staatliches Gemeinwesen bildet. Der Vereinigung der polnischen Gebiete Österreichs mit dem unabhängigen polnischen Staate wird hierdurch in keiner Weise vorgeschrieben. Die Stadt Triest samt ihrem Gebiete erhält den Wünschen ihrer Bevölkerung entsprechend eine Sonderstellung.

Diese Neugestaltung, durch die die Integrität der Länder der ungarischen heiligen Krone in keiner Weise berührt wird, soll jedem nationalen Einzelstaate seine Selbständigkeit gewährleisten. Sie wird aber auch gemeinsame Interessen wirksam schützen und überall dort zur Geltung bringen, wo die Gemeinsamkeit ein Lebensbedürfnis der einzelnen Staatswesen ist. Insbesondere wird die Vereinigung aller Kräfte geboten sein, um die großen Aufgaben, die sich aus Rückwirkungen des Krieges ergeben, nach Recht und Billigkeit erfolgreich zu lösen.

Bis diese Umgestaltung auf gesetzlichem Wege vollendet ist, bleiben die bestehenden Einrichtungen zur Wahrung der allgemeinen Interessen unverändert aufrecht. Meine Regierung ist beauftragt, zum Neuaufbau Österreichs ohne Verzögerung alle Arbeiten vorzubereiten. An die Völker, auf deren Selbstbestimmung das neue Reich sich gründen wird, ergeht mein Ruf, an dem großen Werke durch Nationalräte mitanzuwirken, die — gebildet aus den Reichsratsabgeordneten jeder Nation — den Interessen der Völker zueinander sowie im Verkehr mit meiner Regierung zur Geltung bringen sollen.

So möge unser Vaterland, gesegnet durch die Eintracht der Nationen, die es umschließt, als Bund freier Völker aus den Stürmen des Krieges hervorgehen. Der Segen des Allmächtigen sei über unserer Arbeit, damit das große Friedenswerk, das wir errichten, Glück aller meiner Völker bedeute.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Frage der Besetzung des Staatssekretariats des Kriegsernährungsamtes scheint noch nicht gelöst zu sein. Bekanntlich hat der Staatssekretär v. Balbow sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Während es zunächst hieß, daß er im Amt bleiben werde, veräußerte dann, daß es doch gehen würde, und Oberpräsident v. Batocki wurde als sein Nachfolger genannt. Jetzt aber wird bekannt, daß Herr v. Batocki es abgelehnt habe, nochmals die Leitung des Kriegsernährungsamtes zu übernehmen, und daß er in Ostpreußen zu bleiben gedenke.

Die Fragen der Demobilisierung der Arbeiterschaft werden in einer besonderen Kommission des Reichswirtschaftsamtes lebhaft erörtert. Der Kommission gehören Mitglieder sämtlicher Reichsressorts, der militärischen Behörden und der bundesstaatlichen Behörden sowie einige Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an. Die Aufgabe dieser Kommission ist, den Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes in den einschlägigen Fragen zu beraten und alle langwierigen Verhandlungen zwischen den verschiedenen Reichs- und Staatsbehörden auszuschießen. Es soll von dieser Kommission auch festgestellt werden, in welcher Reihenfolge die Entlassungen aus dem Heere zu erfolgen haben unter Berücksichtigung der Bevölkerungsverteilung, der Wohnungsverhältnisse und der Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten.

Großbritannien.

Der Wiederauftritt des englischen Unterhauses stand im Zeichen des Waffenstillstandsangebots. Es wurden viele Fragen über die schlechte Behandlung britischer Kriegsgefangenen durch die Deutschen und über Vergeltungsmaßnahmen gestellt. Ein Mitglied erklärte unter dem Vorfall des Hauses, was die Türkei betreffe, so sei die bedingungslose Auslieferung der britischen Kriegsgefangenen die Voraussetzung für jeden Waffenstillstand. Was die Mittelmächte betreffe, so sei es nicht erwünscht, die Bedingungen, unter denen allein einem Waffenstillstand zugestimmt werden könnte, einzeln zur Sprache zu bringen. Bonar Law sagte in Verantwortung anderer Fragen, es sei nicht erwünscht, im jetzigen Augenblicke irgendeine Erklärung über die militärischen Operationen oder über Friedensmöglichkeiten abzugeben.

Finnland.

Die Möglichkeit der Räumung der östlichen Gebiete durch die deutschen Truppen wird von einem Teil der finnischen Zeitungen mit großer Sorge besprochen. Man meint, im Interesse der von Rußland befreiten Völker sei es notwendig, daß die führenden Weltmächte sich trotz aller Meinungsverschiedenheiten über Maßnahmen verständigen, um die Randstaaten vor der drohenden bolschewistischen Gefahr zu schützen. Das sei nicht nur um dieser Völker willen notwendig, sondern im Interesse ganz Westeuropas und seiner Kultur. Der Kampf gegen eine allgemeine Weltanarchie sei ein Kampf der Kultur gegen die Barbarei, ein Kampf wahrer Demokratie gegen den Terror der schlechtesten Elemente der Gesellschaft. Finnland, die Ostseeprovinzen, Litauen, Polen und die Ukraine seien Europas Vorposten gegen den Bolschewismus und bedürften internationaler Unterstützung. Sie dürfen um keinen Preis ihrem Schicksal überlassen werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 17. Okt. Wie die hiesige russische Presse mitteilt, ist das Gerücht, daß auf Lenin ein Anschlag verübt worden ist, unzutreffend.

Berlin, 17. Okt. Der Reichstag wird der D. Z. Stg. zufolge wahrscheinlich erst am Montag zusammentreten.

Berlin, 17. Okt. Der deutsche Arbeiterkongress wendet sich in einem Aufruf an die Streiter an der Front wie in der Heimat, im letzten Entscheidungsschlusse auszuharren.

Berlin, 17. Okt. Vor dem Reichstagsgebäude veranstaltete gestern die Unabh. Sozialdemokratie eine Kundgebung, in deren Verlauf es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei kam, die von der blauen Waffe Gebrauch machen mußte. Drei Personen wurden verhaftet.

Berlin, 17. Okt. Die Zentrumsfraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat einstimmig beschlossen, für die drei Verfassungsvorlagen, also auch für das gleiche Wahlrecht, in der ihnen von der Herrenhauskommission gegebenen Fassung zu stimmen.

Wien, 17. Okt. In einer Kundgebung aller politischen deutschen Parteien, wirtschaftlichen und konfessionellen deutschen Organisationen und vielen deutschen Vereinen der Provinz Vojen, die der Reichsleitung sowie den Fraktionen des Reichstags telegraphisch übermittelt worden ist, wird gegen die polnischen Ansprüche auf Vojen energisch Protest erhoben.

Luzern, 17. Okt. Angesichts der jüngsten Friedensschritte beruft der Papst das wiederholt vertagte Konsistorium für Dezember ein. Wohllich alle Kardinäle der ganzen Welt sollen daran teilnehmen.

Kiew, 17. Okt. Der frühere russische Finanzminister Sokolow wurde von einem Volksgericht zum Tode verurteilt und erschossen.

Wien, 17. Okt. In der österreichischen Delegation verlas ein Mitglied den ukrainisch-österreichischen Geheimvertrag, den Graf Burian in Breslau mit abgeschlossen hat. Es kam zu stürmischen Szenen.

Vom Tage.

Beschlüsse des Bundesrats.

Berlin, 17. Okt. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurden angenommen: 1. Eine Bekanntmachung über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glashütten, Glasbleiereien und Glasbleiereien sowie Sandbläserien. 2. Die Vorlage wegen Restfestlegung der Ortslöhne. 3. Eine Bekanntmachung über Reisengelder. 4. Eine Bekanntmachung über Beschaffung von Papierholz für Zeitungsdruckpapier. 5. Eine Bekanntmachung zur Änderung der Verordnung über die Höchstpreise für Petroleum und die Verteilung der Petroleumbestände.

Großer Kanzlervertreter für Kriegszustandsfragen.

Berlin, 17. Okt. Nach § 3 der kaiserlichen Verordnung vom 15. Oktober 1918 zur Ausführung des Gesetzes über den Kriegszustand vom 4. Dezember 1916 trifft der Oberminister befehlshaber alle seine Anordnungen und Entscheidungen im Einverständnis mit dem Reichskanzler oder dem von diesem beauftragten Vertreter. Auf Grund dieser Vorschrift hat der Reichskanzler den Staatssekretär Groeber zu seinem Vertreter für diesen Geschäftsbereich bestellt.

Ausgestaltung des mecklenburgischen Wahlrechts.

Schwerin, 17. Okt. Die mecklenburgische Regierung wird dem Landtag dem Vernehmen nach eine Vorlage zugehen lassen, nach der das Wahlrecht eine der allgemeinen Entwicklung folgende Ausgestaltung erfahren soll.

Eine Million Engländer gefallen.

Haag, 17. Okt. Wie aus London heute nach hier gemeldet wird, sind bisher in diesem Kriege eine Million Engländer gefallen.

Der amerikanische Truppenaufschub.

Genf, 17. Okt. General Pershing machte einige Verträge mit Holzfleisern für Baracken auf französischem Boden rückgängig. Gleichwohl versichern Pariser Blätter, eine Verzögerung der amerikanischen Truppenzufuhr sei vorläufig nicht beabsichtigt.

Hoch Mitwirkung bei der zweiten Wilson-Note.

Genf, 17. Okt. Eine Savas-Meldung besagt, es sei klar, daß der französische Oberbefehlshaber Foch bei der Abfassung der zweiten Wilson-Note geholfen habe.

Die Belgier sollen sich zur Heimkehr rufen.

Saefel, 17. Okt. Aus London wird gemeldet, die in England befindlichen Belgier seien von der Regierung benachrichtigt worden, sie möchten sich in Voraussicht des Friedensschlusses zur Rückreise in ihre Heimat vorbereiten.

Herborner! Bewohner des Dillkreises!

Darf es soweit kommen?

Deutschland durchlebt seine Schicksalsstunde! Mit eisernem Hammer pochen Feind und Schicksal an unserm Tor. Ziel einer Welt verheerter, selbsttätiger Gegner ist unsere Vernichtung. Unser arbeitames, friedliebendes Volk soll in seinem Wohlstand und seinem Reichsbestand zertrümmert werden. Haben weitere Volkskreise nicht die Fähigkeit, den Ernst dieser Lage zu erfassen! Werden diese sich nicht aufrufen, ehe es zu spät ist! Wie steht es bei ihnen mit ihrem Gelohnis des Durchhaltens von 1914!

Nach einem Siegeszuge, wie ihn die Weltgeschichte nicht kannte, ist unser überfallenes Volk seiner Feinde Herr geworden in Rußland, im Balkan, in Kleinasien, in Italien und im Westen. Nicht seine Schuld ist es, daß die Erfolge im Balkan und in Kleinasien nicht behauptet werden konnten. Entschlossene Zustimmung fand unser Hindenburg noch vor Monatsfrist, als er trotz des Rückzuges nach Ost-Frankreich sagte: „Wir haben im Osten den Frieden erzwungen und sind stark genug, es auch im Westen zu tun. Heimatfront stütze die Heeresfront mit überlegtem Siegeswillen im treuen Durchhalten!“ Ist diese Forderung gehalten worden? Ist der Hindenburg-Ruf nicht verstanden worden in seinem furchtbaren, erschreckenden Ernst und seiner Bedeutung für unser Lebensschicksal! Sind weite Kreise nicht drauf und dran die Nerven zu verliern! Welch unsagbare Leiden hat Frankreich erduldet; es hat die Nerven nicht verloren, selbst als sein Feind 50 Kilometer vor Paris stand. Es hatte seinen Clemenceau, der jeden Riesmacher mit der Mindeststrafe von 14 Tagen Gefängnis für die Allgemeinheit unschuldig machte. Bist du, Leser, schuldlos, feiges, ehloses Geschwätz in Eisenbahn, Wirtschaft und der Strafe ungeachtet geduldet zu haben! Welch furchtbare Wirkung dieses versprochene Gift anrichtet, ist sich klar zu machen, wenn es zur Front übergriffe und diese nicht mehr hielte.

Was wird alles von diesen erbärmlichen Riesmachern aufgestellt: „Die Uebermacht unserer Gegner im Westen!“ Entgegne ihnen: Im Osten standen uns jetzt nicht mehr drohende 6—8 Millionen Russen entgegen; im Westen sind dafür allerdings 1½ Millionen Amerikaner erstanden. Unsere eigne Front zählt nach französischer Schätzung 9—11 Millionen Streiter. — „Die Lankesfahr.“ Sind unsere Artilleristen ihrer nicht Herr geworden und besigt man nicht neuerdings eine Handwaffe mit großer Durchschlagskraft, welche jeden Tank in einem Schuß erledigt. — „Aber der Mangel an serbischen und bulgarischen Kupfer wird uns fertig machen.“ Sind Chemie und Hüttenindustrie nicht dabei, uns Ersatz zu schaffen. — „Wenn aber nach einem Abzweigen Österreichs die verlegte Salonikifront an der böhmisch-bayrischen Grenze droht!“ Muster-Strategie, das bringen selbst die Engländer nicht fertig, eine Etappen-Sicherheit auf 1000 Kilometer durch

ein neutrales Österreich zu erstreben. — „Die U-Boote sollten's schon längst schaffen und bringen nichts fertig.“ Der Held von Skagerak, Admiral Scheer, trat in diesen Tagen sein neues Amt vor der Welt an mit der Behauptung, daß die U-Boote England auf die Knie brächten. — „Auf die Kriegsanleihe zeichnet kein Mensch mehr, außer den ganz Reichen, weil später ja doch alles Geld verloren ist.“ Helfe, rich stellte in voriger Woche fest, daß Deutschland bei seinem 400 Milliarden Volksvermögen bisher nur 15 Prozent desselben in Anleihe verausgabt habe, das übrige sei durch unsere nationale Arbeit erbracht worden. Einem Volke mit fernerer Arbeitsgelegenheit ist die Verzinsung der Riesen-Schuldenlast unschwer möglich. — Und der Dummste aller Dummchen: „Wir Armen haben nichts zu verlieren, wir kleinen Leute und Arbeiter haben später nichts zur Deckung der Schulden beizutragen; das müssen die Reichen aufbringen. Uns können sie nichts nehmen.“ Verteuerte Kohlen, besteuerte Lebensmittel und Gebrauchsartikel, ersetzte Grundstückspreise, treffen die nicht alle, den Armen wie den Reichen? Wird der Arbeiter nicht begreifen, daß es dem Engländer in diesem Kriege um des deutschen Arbeiters Arbeitsgelegenheit geht. Die soll ja gerade erobert werden. Die fehlende Ausfuhr aus Deutschland wird dem Arbeiter ein Weiterleben auf dieser Scholle wegen fehlender Verdienstmöglichkeit zur Unmöglichkeit machen. Abwanderung bleibt sein Los; zum Kuli des Menschengeschlechts soll er erniedrigt werden. Das ist nach Scheidemanns gestriger Rede das Schicksal des deutschen Arbeiters in dem grenzenlosen Elend vieler Jahre.

Soll es soweit kommen! Soll Deutschland nach vier Jahren opfervollen Ringens in Front und Heimat in der letzten Kurve des Rennens verlieren? Hat die letzte Note Wilsons, des „edlen“ Bringers des Gerechtigkeitsfriedens, nicht dem Letzten die Augen geöffnet! Kann ein Volk von Ehre die „Bürgerschaften“ eingehen, die nach der erläuternden amerikanischen Regierungspresse lauten: Auslieferung der gesamten Flotte und der U-Boote, unseres sämtlichen Geschützgerätes, Belegung eines Brückenkopfes am Rhein, Auslieferung des Kaisers, des Kronprinzen und Hindenburgs!

Ins Uferlose kann auch die Entente den Krieg nicht ausdehnen. Ein Durchhalten über den Eintritt der winterlichen Jahreszeit wird ihr fast unüberwindliche Schwierigkeiten bringen. General Maurice warnt vor Kriegsverlängerung im Hinweis auf einen hartnäckigen Krieg der nationalen Verteidigung Deutschlands, auf den schwindenden Mannschaftsvorrat Englands, die Gärung der englischen Arbeiterschaft, die furchtbare Teuerung, die bedrückende Kohlennot vor allem in Italien und den sich immer verschlechternden Stand der Handelsflotte, d. h. den Tonnagemangel.

Die nationale Verteidigung; der Kampf um die Zukunft unseres Volkes, ist somit alles andere als aussichtslos. Verloren ist der, der sich für verloren hält. Helfe jeder an seinem Teile, die Heimatfront stärken, er stärke damit die Heeresfront.

Dulde kein entmutigendes Geschwätz in deiner Nähe! Verschließe dem Riesmacher nötigenfalls auf unsanfte Weise das Gehege seiner Zähne, damit sein ehloses, vergiftendes Geschwätz kein Unheil anrichtet!

Ermahnet eure Helden da draußen brieflich zum Durchhalten noch einige Wochen. Hilf an deinem Teil das Vaterland zu retten!

Es geht um alles! Deutscher, wache auf!

Dr. E. D.

Aus Rab und Fern

Herborn, den 18. Oktober 1918.

* (Unsere Schuld.) Wenn man vor kurzem die deutschen Zeitungen in die Hand nahm, konnte man glauben, wir leben nicht in einem Krieg gegen die halbe Welt, sondern in einem Bürgerkrieg. Wir haben unter ewiger Kritikelei an den wirtschaftlichen Einrichtungen unseren Willen zur Selbsterhaltung so geschwächt, daß der Feind einen Erfolg erringen konnte, der ihm sonst verpagt geblieben wäre. Jetzt muß in jedem Deutschen die Erkenntnis der ersten Stunde geweckt werden. Der Feind ist willens, in unsere Heimat ein-zubringen. Das wird ihm aber nie gelingen, wenn wir die durch die Wirksamkeit feindlicher Agenten zersplitterten Kräfte unseres Deutschland's sammeln. Noch sind wir imstande, großes Unheil zu verhüten. Handeln wir danach und bezeugen wir auch unseren Soldaten, daß wir ihnen die verdiente Achtung nicht versagen. Da der Krieger heute nicht mehr soviel Liebesgaben wie früher erhalten kann, so muß er dafür täglich fühlen, daß seine Treue vergolten wird.

* Das Eisene Kreuz 2. Klasse erhielt der Landsturmann Ludwig W. Hanstein, Sohn des Herrn Willehans Hanstein von hier.

* (Die Erziehung zur Angeberei.) Der Landrat des Kreises Paderborn verheißt den Privaten und Beamten, wenn diese einen Hamster fassen, 10 Prozent der beim Hamster gefundenen Kartoffeln, 20 Prozent aber, wenn der Erzeuger mit angegeben werden kann. Der Hamster, der seinen Belieferer nennt, bekommt 10 Prozent des Wertes der ihm beschlagnahmten Kartoffeln zurückverleitet. — Ueber die Nützlichkeit dieser knifflischen Verfügung kann man verschiedener Meinung sein.

* Nach Anordnung des Königl. Konsistoriums in Wiesbaden wird, wie nach Anweisung des Evangelischen Oberkirchenrats für die altpreussischen Provinzen, der nächste Sonntag

123. der 20. Oktober, in allen Gemeinden der nassauischen Landeskirche ein außerordentlicher allgemeiner Landestag sein. Dem Ernst der Zeit entsprechend sollte diese Anordnung auch ein ernstes Entgegenkommen in den Gemeinden finden und alles vermieden werden, wodurch der Eindruck entstehen könnte, als hätten unsere Gemeindeglieder kein Verständnis für den ungeheuer schweren Druck, der auf allen Gemütern in der gegenwärtigen Zeit lastet.

* (Ein Ehrenblatt in der Geschichte Herborns.) An dem Gedächtnistage der vor 100 Jahren erfolgten Eröffnung des hiesigen Theologischen Seminars wurde der Seminar-Direktion von Herrn Bürgermeister Birkendahl und Herrn Stadtverordneten-Vorsteher Baurat Hofmann namens der städtischen Körperschaften die herzlichsten Glück- und Segenswünsche zu dem wichtigen Tage ausgesprochen, und es wurde der innigen Beziehungen gedacht, welche stets zwischen dem Seminar, der Stadtverwaltung und der Bürgerschaft bestanden hätten und gewiß auch weiter bestehen würden. — Zugleich überreichten die genannten Herren als Festgabe die Summe von Eintausend Mark, welcher Betrag durch einstimmigen Beschluß der städtischen Körperschaften dem Theologischen Seminar zur Bereicherung der Bibliothek gestiftet worden ist. Diese hochherzige Stiftung wird der Stadt Herborn von Seiten des Theologischen Seminars ungerissen bleiben. Die Seminar-Direktion: D. Knott, Professor.

Oberursel. Die Grippe tritt hier besonders stark auf und fordert zahlreiche Opfer. Zur Bekämpfung der Seuche erließ die Polizei ein Verbot aller Versammlungen, bei denen größere Menschenmengen sich vereinigen. Auch sämtliche Schulen wurden bis auf weiteres geschlossen.

Aus dem Bortanun. Die Sucht, schnell reich zu werden, hat in den erdbeerbauenden Taunusorten zu einer ins Maßlose gesteigerten Anlage von neuen Erdbeerpflanzungen geführt. In einzelnen Bemerkungen, wie in Hofheim und Krißfeld, wurden die besten Acker, die bisher reiche Körnernten lieferten, zur Erdbeerpflanzung umgewandelt. Auf diese Weise sind schon mehrere hundert Morgen dem Anbau wichtiger Feldfrüchte entzogen. Die Folgen dieser Luxuswirtschaft machen sich in folgender Weise bereits insofern bemerkbar, als in diesen Orten ein empfindlicher Kartoffelmangel herrscht. In diesen Zeiten, die jedes Quadratmeter Acker zur Volksnahrung brauchen, sollten die Behörden diese Luxus-Landwirtschaft verbieten.

Frankfurt a. M. Durch nächtlichen Einbruch wurden vom Dienstag zum Mittwoch aus einem Pelzwarengeschäft an der Zeil vier Damenpelzmäntel, mehrere Pelzkragen und Muffe im Werte von etwa 36.000 Mark gestohlen. — Bei einem Einbruch in das Pelzgeschäft von E. Thiel in der Großen Eschenheimerstraße stelen den Dieben für 24.000 Mk. Pelzwaren in die Hände. — Für mehr als 10.000 Mk. Handschuhe, seidene Hüter und Hemden erbeuteten vergangene Nacht Einbrecher bei einem Einbruch in das Herrenartikel-Geschäft von Fuchs, Kaiserstraße 67. — Auf die Herbeischaffung der aus dem Optischen Geschäft von Schlesien-Ströhlchen gestohlenen optischen Instrumente und photographischen Apparate setzte die zur Bedeckung des Schadens verpflichtete Versicherungsgesellschaft eine Belohnung von 2000 Mark aus.

Aus der Rhön. In Neuwerts bis vor Monatsfrist ein tollwütiger Hund Vieh und Menschen. Von den gebissenen Tieren mußten bisher fünf Kühe erschossen werden. Der 63-jährige Bauer Kitzner, der auch gebissen wurde, begab sich erst nach drei Wochen in das Berliner Institut. Es war leider zu spät. Unter furchtbaren Leiden ist der Mann dort der Tollwut erlegen.

Der neueste deutsche Generalstabsbericht.

Großes Hauptquartier, (Wolff-Büro. Amtlich.) 18. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In den letzten Tagen haben wir Teile von Flandern und Nordfrankreich mit den Städten Ostende, Tourcoing, Roubaix, Lille und Souain geräumt und rückwärtige Linien bezogen. Zwischen Brügge und der Lys stieß der Feind gestern vielfach mit stärkeren Kräften nach. Er wurde abgewiesen. Englische Kompanien, die nördlich von Kortrijk über die Lys vordrangen, wurden im Gegenangriff wieder zurückgeworfen. Westlich von Lille und Souain besteht nur lose Gefechtsfähigkeit mit dem Feinde.

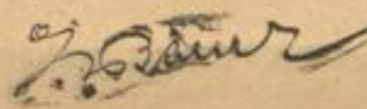
Zwischen Le Cateau und der Dife ist die Schlacht von Neuem entbrannt. Engländer, Franzosen und Amerikaner suchten wiederum unter Einsatz gewaltiger Kampfmittel unsere Front zu durchbrechen. Beiderseits von Le Cateau sind Angriffe des Feindes vor unseren Linien gescheitert. Verlässliche Einbruchsstellen wurden im Gegenstoß wieder gesäubert. Zwischen Le Cateau und Wisonville drang der Gegner an einzelnen Stellen in unsere Linien ein. Nach wechselvollem Kampfe brachten wir den Feind vor unserer Artillerie, an der von Le Cateau nach Waffignen führenden Straße bei La Balise-Mulatre und Menneviere sowie nördlich von Wisonville zum Stehen. Wo der Feind darüber hinaus vordrang, warfen ihn unsere Gegenkräfte wieder zurück. Wisonville und die südlich anschließenden Linien wurden gegen mehrfachen Ansturm des Feindes gehalten. Auch am Nachmittag sind vor ihnen erneute Angriffe gescheitert. Ebenso blieben die gegen die Disfront nördlich von Origny gerichteten feindlichen Angriffe ohne Erfolg.

An der Maas setzte der Gegner seine heftigen Angriffe östlich von Alz fort. In hartem Kampf wurde er abgewiesen. Preussische Jäger führten westlich von Grandpre, Brandenburger und Sachsen aus dem Ostufer der Maas erfolgreiche Angriffsunternahmen durch.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Staatssekretär Bauer über die Kriegsanleihe:

Es komme wie es wolle, die Kriegsanleihe ist gesichert, dafür wird Reichstag und Regierung sorgen.



Die Berliner Beratungen.

Berlin, 18. Okt. (AU) Das engere Kabinett hielt gestern vormittag eine fünfständige Beratung mit den Vertretern der Obersten Heeresleitung ab. Um 5 Uhr wurde die Sitzung des engeren Kriegskabinetts wieder aufgenommen. Es heißt, daß ein auf 6 Uhr anberaumter Kronrat, an dem die gesamte Regierung teilnehmen sollte, verschoben wurde. — Am Nachmittag versammelte sich die sozialdemokratische Fraktion zur Besprechung der Lage. Die Sitzung dauerte bis gegen 6 Uhr, wo der interfraktionelle Ausschuß zusammentrat.

Das „Berl. Tagebl.“ nimmt an, daß die neue deutsche Note nicht vor Samstag nachmittag abgehen wird. Die Regierung beabsichtigt, wie verlautet, die deutsche Note vor ihrer Absendung den Vertretern der Parteien und dem Bundesrats-Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten vorzulegen.

Ein Aufruf der Sozialdemokratie.

Berlin, 18. Okt. (AU) Im „Vorwärts“ erläßt der Vorstand der sozialdemokratischen Parteigruppe einen Aufruf an die deutschen Männer und Frauen. Der Aufruf hebt hervor, daß es gelungen sei, das deutsche Reich in friedlicher Revolution vom Obrigkeitsstaat zum Volksstaat umzuwandeln, der die Aufgabe hat, dem deutschen Volk Frieden und Freiheit zu bringen. Die Regierung, der Sozialdemokraten angehören, muß eine Agerung des Friedens und der demokratischen Ausgestaltung des Landes sein. Der Aufruf bekräftigt das Gekündnis der Sozialdemokratie vom 4. August 1914 und fügt hinzu, mit einem Frieden der Vergewaltigung, Demütigung und Verletzung seiner Lebensinteressen wird sich das deutsche Volk nimmermehr abfinden. Der Aufruf warnt das Volk vor den Bestrebungen der extremen rechten und linken Parteien, die jegliche Regierung in Miskredit zu bringen. Er wendet sich ebenso scharf gegen das alldeutsche Demagogentum, wie gegen gewisse Treibereien der äußersten Linken, die durch bolschewistische Revolutionsphrasen die Arbeiter gegen die Regierung aufzupeitschen versuchen. Derartige Bestrebungen, so heißt es, erschweren nur den Frieden und die friedliche Demokratisierung Deutschlands. Der Aufruf schließt mit der Mahnung, die jetzigen schweren Tage standhaft zu überleben in dem sicheren Bewußtsein, daß die Zukunft der Völkerverständigung, der Demokratie und dem Sozialismus gehört.

Die Bedingungen der Feinde.

Kopenhagen, 18. Okt. (AU) Die „Nationaltidende“ meldet aus London aus angeblich sicherer Quelle: Es herrscht unter den Alliierten völlige Einigkeit, an Deutschland folgende Bedingungen zu stellen: Alle deutschen Heere sollen übergeben und die ganze deutsche U-Bootsflotte sowie ein Teil der Schlachtsflotte soll abgeliefert werden. Schließlich soll Deutschland einen Schadenersatz bezahlen, der ebenso groß ist wie die Summe, die im Laufe der letzten Jahre für land- und seemilitärische Ausrüstungen verwandt wurde. Der Schadenersatz soll in jährlichen Raten erlegt und zur Wiederaufrichtung der von den Deutschen vernichteten Landestelle verwandt werden.

Kein türkisches Sonderfriedensangebot.

Genf, 18. Okt. (AU) Der „Petit Parisien“ vom 16. Oktober dementiert das Gerücht, wonach die Türkei Washington einen Sonderfrieden anbot.

Die Vernichtung Cambrais.

Genf, 18. Okt. (AU) Die Genfer „Feuille“ bringt einen Protest aus englischer Quelle, nach dem Cambrai nicht absichtlich zerstört wurde, sondern nach Aussage französischer Offiziere notwendig der Beschließung bei der jetzigen Offensive geopfert werden mußte.

Ovationen für Wilson.

Genf, 18. Okt. (AU) Wie New Yorker Blätter melden, brachte man Wilson bei seinem ersten Erscheinen in der Öffentlichkeit nach der Beantwortung der deutschen Note bei der Vorstellung im Reyen-Amsterdamer Theater, wohin ihn Oberst House begleitete, große Ovationen dar. Von der Galerie ertönten Rufe: Wilson ist der größte Mann der Welt.

Allseitiger Widerstand gegen die Umgestaltung in Oesterreich.

Wien, 18. Okt. (AU) Ueber die tatsächlichen Wirkungen des kaiserlichen Manifestes läßt sich noch kein Urteil fällen. Die Tschechen und Südslaven verhalten sich ablehnend gegen die Absichten der Regierung Hussarek und wollen sich nicht auf die Grenzen Oesterreichs beschränken. Auch die Rumänen in Ungarn verlangen einen eigenen Nationalrat und suchen Verbindung mit Rumänen. In Ungarn treten die Vertreter der deutschen Parteien heute nachmittag zusammen und bereiten eine Rundgebung an die Deutsch-Oesterreicher vor, wollen aber anscheinend erst Wilsons Antwort auf die österreichisch-ungarische Note abwarten. In politischen Kreisen beginnt die Auffassung Boden zu gewinnen, daß der Plan, wie die Regierung die Neugestaltung vornehmen will, bereits als Totgeburt zu bezeichnen sei. Immerhin wäre die Regierungskrise in Oesterreich vorläufig beigelegt worden. Ministerpräsident v. Hussarek erklärte wenigstens einigen Abgeordneten, daß von einer Regierungskrise keine Rede sein könne.

Wien, 18. Okt. (AU) Ein von allen deutschen Parteien Schlesiens veranstalteter großer Volksrat erhob Einspruch gegen die Angliederung an den tschechischen Staat. Die Entschlieung verlangt gemäß dem Selbstbestimmungsrecht Anschluß an Deutsch-Oesterreich.

Die Judenfrage in Galizien.

Wien, 18. Okt. (AU) Ministerpräsident Hussarek wurde die Frage vorgelegt, was aus den 80.000 Juden in Galizien werden solle. Der Ministerpräsident verwies auf die Gründung eines jüdischen Königreiches in Palästina. Diese Antwort befriedigte nicht, und dem Ministerpräsidenten wurde mitgeteilt, daß die ostgalizischen Juden jedenfalls jetzt nach dem Rechte der Selbstbestimmung zur Gründung eines Nationalrates schreiten würden.

Protest italienischer Sozialisten gegen die Friedenshemmungen.

Fürich, 18. Okt. (AU) Nach italienischen Meldungen erließ die sozialistische Parteigruppe einen Aufruf an die italie-

nische Arbeiterschaft, worin diese aufgefordert wird, sich den Nachschüssen zu widersetzen, durch welche die alliierten Regierungen einen baldigen Frieden hinausschieben wollen. Der Aufruf betont, daß im Lichte der Wilsonschen Grundsätze selbst alle Gebietsfragen ihre Bedeutung verlieren.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Bed.

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Regelung der Fleischversorgung.

Das für diese Woche zugewiesene Fleisch wird am Samstag, den 19. Oktober 1918, nachmittags von 1–5 Uhr durch die hiesigen Metzger verkauft.

Verkauf von Fleisch außer der oben angegebenen Zeit ist verboten. Der Verkauf findet nur gegen Vorlage der Fleischkarte statt, von welcher von den Metzgern die Marken abzutrennen sind.

Ueber alles Fleisch und Fleischwaren, welche bis 5 Uhr nicht abgeholt sind, wird anderweitig verfügt.

Die Höchstpreise sind:

Kalbsteisch das Pfund 1,70 Mk.
Rindsteisch " " 2,40 "

Herborn, den 17. Oktober 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Höchstpreise für Vollmilch.

In Abänderung der Bekanntmachung vom 21. September ds. Js. — Kreisblatt Nr. 223 — werden auf Vorschlag der Preisprüfungsstelle die Höchstpreise für Vollmilch wie folgt abgeändert:

beim Verkauf vom Erzeuger ab Stall an Wiederverkäufer 40 Pfg. das Liter,
beim Verkauf an Verbraucher 50 Pfg. das Liter.
Dillenburg den 15. Oktober 1918.

Der Kreisaußschuß: v. Sabel.

Wird veröffentlicht.

Herborn, den 15. Oktober 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

1. Brennholzversteigerung.

Montag, den 21. Oktober 1918, vormittags 9 Uhr kommen im Rathausaal aus Distrikt 13 a Hohewarte 114 Rm. Kiefern-Scheitholz, 81 Rm. Kiefernknüppelholz und 43 Rm. Kiefernreisferknüppel zur Versteigerung.

Herborn, den 17. Oktober 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Heute morgen 8 Uhr verschied nach kurzem schweren Leiden mein lieber Gatte, unser guter Vater

Heinrich Chr. Apel

im Alter von 56 Jahren.

Um stille Teilnahme bitte!

Frau Joh. Apel, geb. Wenzel und Kinder.

Amdorf, den 17. Oktober 1918.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 20. Oktober 1918, nachmittags 1 Uhr statt.

Es ist bestimmt in Gottes Rat, daß man vom Lieben, was man hat, muß scheiden.

Todes-Anzeige.

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, meine liebe, unvergeßliche Gattin, unsere fürsorgende Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Katharina Kunz,
geb. Knöb,

heute nacht 3 Uhr nach einem kurzen Krankenlager still und ergeben im 71. Lebensjahr zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Dies zeigen schmerzgefüllt und um stille Teilnahme bittend an

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Karl Kunz und Familie.

Herborn, Frankfurt a. M., Sträßburg,
den 18. Oktober 1918.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 1/4 Uhr vom Sterbehause, Hauptstraße 69 aus statt.

Bekanntmachung.

Vom 14. ds. Mts. ab, fallen vorübergehend die Schnell (D.) und Personenzüge aus, die in den veröffentlichten Fahrplänen mit einem dicken schwarzen Punkt und dem Vermerk: „Verkehrt bis auf Weiteres“ gekennzeichnet sind. Gleichzeitig muß aus betrieblichen Rücksichten die Wagenzahl der noch verkehrenden D-Züge herabgesetzt werden. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß die Ausgabe von Fahrkarten beschränkt werden muß. Der Fahrkartenverkauf für die einzelnen Züge wird eingestellt, sobald nach der Zahl der verabfolgten Fahrkarten eine betriebsgefährliche Überlastung zu befürchten ist. Mit Unzulänglichkeiten aller Art, Zurückbleiben beim Reiseantritt oder unterwegs muß gerechnet werden. Die Eisenbahn benutze daher nur, wer notgedrungen reisen muß.

Frankfurt (M), den 14. Oktober 1918.

Königliche Eisenbahndirektion.

Arbeiter u. Arbeiterinnen gesucht.

Wehr & Sattlinger, Herborn.

Tüchtige Arbeiter

für ihr Dampfzägewerk Strauch b. Edingen suchen
Gebr. Kloos, Wehlar.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, 20. Oktober
Allgemeiner Landestag.

Herborn:

10 Uhr: Hr. Dekan Prof. Haußen.

Pieder: 168, 248

1 Uhr: Kindergottesdienst

2 Uhr: Hr. Vikar Ströder

Pieder: 244

Abends 8 1/2 Uhr:

Bersamml. im Vereinshaus

Burg:

1 Uhr: Kindergottesdienst

Hr. Missionar Hanstein.

2 Uhr: Hr. Miss. Hanstein

u. Hr. Pfr. Fischer-Essen.

Kollekte für die Rheinische

Mission. — Es wird an die

Ablieferung der Dankopfer-

büchsen erinnert.

Hirschberg:

2 Uhr: Hr. Pfr. Weber

Kollekte für die Seemanns-

mission.

Taufen und Trauungen:

Hr. Dekan Prof. Haußen.

Mittwoch abends 8 1/2 Uhr:

Jünglingsverein.

Donnerstag abends 6 Uhr:

Vorbereitung f. d. Kinder-

gottesd. im 1. Pfarrhaus.

Ballersbach:

10 Uhr: Hr. Vikar Ströder

Pieder 244.

Klempner

suchen

Gebr. Achenbach,
Weidenau-Sieg

Tüchtiges, sauberes

Zweitmädchen

gesucht. Näh. in der Ge-
schäftsstelle ds. Bl.

Wohnungsgesuch

für eine 4-Zimmerwohnung
mit Gartenland bis 1. Febr.
n. Js. für eine Familie von
3 Personen.

Angebote mit Preisangabe
und näheren Verhältnissen
an die Geschäftsst. ds. Bl.

Einige junge Leute,

Burschen oder Mädchen,

für unsere Drahtseilfabrik Wilhelmswalze gesucht.

W. Ernst Haas & Sohn,

Reuholzhofshütte b. Sinn,

Abt. Wilhelmswalze.

Nur für Wiederverkäufer

offeriere ich

Cylinder, Lampenglocken Steh-
vasen, Sturmlaternen

Albert Rosenthal in Nassau a. d. L.



Infolge schwerer Verwundung starb am 11. ds. Mts. unser
einziger lieber Sohn, Bruder, Neffe und Vetter

Seminarist

Hans von der Hende,

Kanonier im Hohenz. Fuß-Art.-Regt. 24,

im Alter von 19 Jahren.

Dillenburg, im Oktober 1918.

Ernst von der Hende, Lehrer,
Käthe von der Hende, geb. Uhl,
Gretel von der Hende,
Lisbeth von der Hende.

Die Beerdigung wird sein am Samstag, den 19. Oktober, 4 Uhr nachmittags
vom Trauerhause, Hauptstraße 63b aus.

Heute früh um 2 1/2 Uhr entschlief nach kurzer schwerer Krank-
heit sanft und gottgegeben, vorbereitet durch Empfang der hl. Sterbe-
sakramente unser lieber, hoffnungsvoller Sohn und Bruder

Willi

im Alter von 16 1/2 Jahren.

Dies zeigen Verwandten, Freunden und Bekannten Schmerz-
erfüllt an

Sinn, den 17. Oktober 1918.

In tiefer Trauer:
Familie Adam Klein.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 20. Oktober 1918, nachmittags 4 Uhr statt.

Todes-Anzeige.

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, heute nacht meinen lieben Mann, unseren herzensguten Vater,
Bruder, Schwiegervater, Schwager und Onkel, den wohlachtbaren Herrn

Wilhelm Flores,

Veteran von 1870/71,

nach kurzer Krankheit im 73. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Elise Flores,

Leutnant Willi Flores, z. St. Flieger-Schule, Halle,

„ Hugo Flores, z. St. im Felde,

Johanna Berkenhoff, Braut.

Herborn, den 18. Oktober 1918.

Die Beerdigung findet am Montag nachmittag 5 Uhr vom Trauerhause aus statt.